Bürger für Bürger
BÜRGERLISTE Leverkusen e.V.

überparteilich - tolerant

Fraktion

Fraktion

BÜRGERLISTE 51379 Leverkusen, Kölner Straße 34

Tel. 0214 / 406-8730 Fax 406-8731
 fraktion-buergerliste@versanet-online.de
 www.buergerliste.de

1) Herrn OB Buchhorn z. K.

2) OM Meyer, Mi. 2/3

6. Antrag zu den Haushaltsplanerungen 2012 / Haushaltssanierungsplan

Die vorgesehene Form der Finanzierung der Gütergleisverlegung wird aufgehoben, da sie abenteuerlich/unseriös, ja auf dem Hintergrund der Öffentlich-Rechtlichen-Vereinbarung der Stadt mit der Bezirksregierung rechtswidrig ist. Die Gütergleisverlegung wird deshalb aufgegeben, da sie - wenn überhaupt - nur zu Lasten weiterer Schulden bzw. zu Lasten wesentlicher/unabweisbarer anderer Aufgaben der Stadt erfolgen kann, und zudem für den Erfolg des BahnStadt-Projektes nicht zwingend erforderlich ist.

Begründung:

Die notwendigen sieben Millionen Euro für die Bahnstadt sind eine erhebliche Belastung für unsere Stadt, denn ihre Finanzierungsart ist nur eine verdeckte negative Beeinträchtigung der Finanzen unserer Stadt.

Denn, wenn die städtischen Töchter wirklich das Geld zusätzlich zu ihrem bisherigen Engagement für Vereine, Kultur, etc. aufbringen sollten, wie das der OB mit „Ehrenwort“ versichert, könnten sie es auch zur Schuldentilgung an die Stadt ausschütten.

Stattdessen werden von der Stadt 7 Millionen zusätzlich für eine Gütergleisverlegung ausgegeben, die zwar wünschenswert, aber für das Gelingen des Projektes BahnStadt Opladen nicht unabdingbar notwendig ist.

Um diese zusätzliche städtische Finanzierung zu kaschieren, die unserer Stadt an sich wegen des Nothaushaltes nicht gestattet ist, wird augenscheinlich mit Einverständnis der Regierungspräsidentin der Trick mit der Umwegfinanzierung durch städtische Töchter angewandt: Stadt streicht 7 Millionen für die Kultur, Töchter spenden/sponsorn stattdessen diese 7 Millionen.

Die Regierungspräsidentin verstößt damit unseres Erachtens sogar gegen den Öffentlich-Rechtlichen- Vertrag, den sie selbst mit der Stadt abschloss, und der eben eine negative Beeinträchtigung der städtischen Finanzen verhindern sollte.

Zur Glaubwürdigkeit der Regierungspräsidentin trägt dies nach unserer Meinung keinesfalls bei.

Wir befürchten nur, dass Frau Walsken unser Hinweis wenig ausmacht. Schade!

Karl Schweiger Michael Quatz

Lev., 10.2.12, i.A. (Erhard T. Schoofs)